



ASIEN/IRAK - Religiose Minderheiten werden zunehmend diskriminiert und Opfer von gewaltsamen Übergriffen

Bagdad (Fidesdienst) – Während die Gewalt im Allgemeinen zurückgeht, nehmen Übergriffe, Einschüchterungsversuche und Diskriminierung gegenüber christlichen Minderheiten, darunter auch Christen im Irak zu. Deshalb sind nach Ansicht der Nichtregierungsorganisation „Minority Rights Group International“, die die Situation ethnischer Minderheiten weltweit beobachtet, spezifische Anti-Diskriminierungs-Gesetze erforderlich.

Trotz der Fortschritte bei der internen Stabilisierung „fühlen sich die Minderheiten vom öffentlichen Leben im neuen Irak ausgeschlossen“, heißt es in einem Bericht der Organisation, der dem Fidesdienst vorliegt. Der Bericht dokumentiert das Phänomen der Emigration, das zu einer stetigen Dezimierung der ethnischen Minderheiten führt, so dass manche im Land sogar bald gar nicht mehr existieren werden. Das Dokument weist auch darauf hin, dass die Minderheiten in einem allgemeinen Klima der Diskriminierung und Ausgrenzung oft Schwierigkeiten beim Zugang zu Arbeitsplätzen und zum Bildungs- und Gesundheitswesen haben.

Obschon die Gewalt im Jahr 2011 im Vergleich zu 2010 leicht rückläufig ist, kam es mehrfach zu Übergriffen auf Kirchen, einem Angriff auf eine turkmenische Partei, wiederholte Entführungen und Morde an Mitgliedern verschiedener religiöser Minderheiten. Dabei sind insbesondere Geschäfte oder Besitztümer von „nichtislamischen Gruppen“ Zielscheibe solcher Übergriffe. Als Beispiel für die Notlage der Minderheiten zitiert der Bericht ein Selbstmordattentat auf eine Kirche in Bagdad im Jahr 2010, bei dem 56 Menschen ums Leben kamen, das zur Flucht von rund 1.000 Familien aus der Stadt führte.

Neben den in der Mehrheit lebenden Gruppen (schiitische und sunnitische Muslime und Kurden) gibt es im Irak zahlreiche Gemeinden religiöser Minderheiten, die nur etwa 5% der Bevölkerung ausmachen, aus denen nach Angaben des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) jedoch 20% der Flüchtlinge kommen. (PA) (Fidesdienst, 09/12/2011)